

# prager frühling



MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

## Leseprobe

prager frühling online abonnieren:  
[www.prager-fruehling-magazin.de](http://www.prager-fruehling-magazin.de)  
oder Coupon auf der letzten Seite benutzen.

Für ein Soliabo gibt es tolle Bücher von Wiglaf Droste, Manuel Castells  
Wolfgang Pohrt, Antonio Negri, Karl Marx und vielen Anderen.

## Am Zaun rütteln

Robert Stadlober über zivilen  
Ungehorsam, Urheberrecht und  
die Ästhetik des Widerstands.

## Deutsche Euros rollen wieder!

Dem Einmarsch stellen sich entgegen  
Lukas Oberndorfer, Gabi Zimmer  
und Bastian Schweinsteiger.

Sozialunion statt Fiskalpakt fordern Axel Troost,  
Hilde Mattheis, Sven-Christian Kindler und Johannes Jäger.

Nicht umsonst vibriert  
in dem revolutionären Marxismus die  
internationale Note so stark,  
nicht umsonst klingt der  
opportunistische Gedankengang stets in  
eine nationale Absonderung aus.

Rosa Luxemburg

## Liebe Europäerinnen und Europäer, liebe Lesende,

kennen Sie den? Die Geschichte ist im 20. Jahrhundert mit dem Sieg der wohlstandsbringenden westlichen liberalen Gesellschaften über alle anderen Gesellschaftsideen an ihr Ende gekommen. Es gibt eben manche Irrtümer, die werden mit steigendem Zeitabstand immer peinlicher. Autor dieser lustigen Pointe war vor genau 20 Jahren der amerikanische Humorist und Politikwissenschaftler Francis Fukuyama.

Aktuell ist das Lachen Europas BürgerInnen ziemlich vergangen, den unteren Zehnmillionen wegen der Sparpakete ohnehin, den oberen Zehntausend wiederum nach den griechischen und französischen Wahlen: Fiskalpakt samt Armutsverpflichtung wurden – vorerst – abgewählt. Zeiten für die Linke, möchte man meinen. Doch das ist nicht ausgemacht. Trotz ausgebliebenem „Ende der Geschichte“, trotz griechischer und französischer Hoffnungen wirkt sie in Deutschland wie aus der Zeit gefallen. Statt selbstbewusster Kampfansage trauert etwa Sahra Wagenknecht in der FAZ vom 30. April um die durch den schnöden materialistischen Geldmammon verlorengegangenen „europäischen Werte“. Zugleich beschwerten sich linke Verfassungsschützer beim höchsten deutschen Gericht darüber, dass Sozialpolitik nicht mehr an Merkels Regierungstisch, sondern in Brüssel gemacht wird – weil, so Sahra Wagenknecht, das EU-Parlament als „Vielvölkerparlament, in dem die Abgeordneten noch nicht einmal die gleiche Sprache sprechen“, lobbyanfälliger sei. Staatsverträge statt Euro-Staat. Ja, ja – das waren noch Zeiten, als der Herrscher feierliche Gelübde noch etwas galten. Nun ja, bei derart romantischer Staatskritik bleibt uns nur der Materialismus als Gegenargument, und deshalb lautet der Schwerpunkt dieser Ausgabe „Europa und die Krise“.

Doch was nun, Europa? Und vor allem: Was tun, europäische Linke? In unserer aktuellen Ausgabe machen wir Angebote. Schuldenschnitt? Vielleicht. Es streiten hierüber die Bundestagsabgeordneten Troost, Kindler und Mattheis. Ausgleichs- und Sozialunion? In jedem Fall, und zwar mit EU-Krankenkasse für alle, dazu einen EU-Streikfonds der Gewerkschaften. Und kostenfreie Abhebungen am EC-Automat, europaweit, vom Kreta-Badestrand bis zum Nordkap. So geht, wenn's nach uns geht, die Zärtlichkeit der Völker. Und damit ihr wisst, wie andere zu ganz intensiven europäischen Zärtlichkeiten stehen, zu den Vereinigten Staaten von Europa, haben wir diesmal wieder unsere Gretchenfrage gestellt. Doch nicht ohne zu testen: Wie pleite bist du?

Francis Fukuyama hat übrigens Anfang 2010 gegenüber dem Spiegel zu Protokoll gegeben, dass er vielleicht doch nicht ganz richtig lag mit der These vom Ende der Geschichte. Aber, O-Ton: „Vorsicht! Es gibt noch immer keine Alternative zum Kapitalismus.“ – Potzblitz, kringelkringel, der brauchte tatsächlich etwas länger. Wir wünschen ebensolchen Spaß beim Lesen.

Eure Redaktion

## inhaltsverzeichnis

### Schwerpunkt: Europa und die Krise

- 04 Gretchenfrage  
Wie hältst du's mit den Vereinigten Staaten von Europa?
- 06 **Lukas Oberndorfer:** Ein System, das den Menschen Angst macht  
Der autoritäre Wettbewerbsetatismus als Bearbeitung der Krise in Europa
- 10 Sozialpakt statt Fiskalpakt  
Thesen der prager frühling-Redaktion
- 14 Instrumentencheck  
prager frühling prüft Wege aus der Eurokrise
- 16 **Jörg Schindler:** Wenn Hartz-IV, dann für alle!  
Eine EU-Grundsicherung ist notwendig
- 18 Banken müssen langweiliger und kleiner werden  
Streitgespräch mit Axel Troost, Hilde Mattheis und Sven-Christian Kindler
- 22 Gesagt wird – richtig ist  
prager frühling räumt mit den größten EU-Mythen auf
- 24 **Tobias Schulze:** Europa und die Magyaren  
Sakraler Nationalismus – Ungarns Antwort auf die Krise
- 26 **Mark Wagner:** Sterne Europas  
Warum Weltbürger keine Europäer sein können
- 30 **Johannes Jäger:** Die Dritte Welt als Vorbild?  
Krisenbewältigung in Europa
- 32 CV-Dazzle  
Mode vs. Überwachungsgesellschaft

### Feminismen

- 34 **Stefanie Graefe:** Leben machen und sterben lassen  
Biopolitik als schillernder Begriff
- 36 **Lena Kreck:** Kinder machen ist nicht schwer  
Die Schwangerschaftsvorsorge dagegen sehr

- 38 **Rona Torenz:** Unheilige Mittel, heiliger Zweck?  
Reproduktive Rechte und die Kritik von Bevölkerungspolitik

- 40 **Anna Rinne:** Biopornpolitics?  
Pornos, Transsexuellengesetz und die Abwesenheit von weiblicher Sexualität

### Europa

- 42 **Katharina Dahme:** Fußball ist politisch  
Ein Kommentar für alle, die sich schon auf die Fußball-EM freuen

- 43 **Tanja Walther-Ahrens:** Ball-Saison  
An einem Ufer CSD – am anderen Fußballeuropameisterschaft der Männer?

### Leckerbissen

- 45 In & Out
- 46 **Uwe Schaarschmidt:** Luft verkaufen  
Schaarschmidts Kommentar
- 47 Rütteln sollte man schon am Zaun  
Interview mit Robert Stadlober
- 50 **Kolja Möller:** Der Körper als Schlachtfeld  
Die Bärte kehren zurück
- 52 Wie pleite bist du?  
prager frühling testet dein Krisenmanagement
- 54 **Viviana Uriona:** (Un)freie Radios  
Kommunikation, Kapitalismus und Krise

# unheilige mittel, heiliger zweck?

## Reproduktive Rechte und die Kritik von Bevölkerungspolitik



Rona Torenz

lohnarbeitet in kollektiven Tresen-Zusammenhängen und beginnt gerade damit, ihr bereits zehn Jahre dauerndes Gender- und Philosophiestudium zu beenden. Außerdem ist sie an internationalem feministischem Austausch interessiert und beschäftigt sich in ihrer Freizeit manchmal mit antirassistischer Kiezpolitik und im Allgemeinen mit der Frage, wie man der befreiten Gesellschaft mit und ohne Alkohol in und außerhalb der Hängematte näher kommen könnte.

Anfang der Neunziger Jahre kämpften Frauengesundheitsorganisationen für die Durchsetzung reproduktiver Rechte. Auf Grund von Zwangssterilisationskampagnen, Experimenten mit unsicheren Verhütungsmitteln an armen Frauen und der zunehmenden Verbreitung moderner Reproduktionstechnologien sahen sie es als dringend geboten, selbstbestimmte Fortpflanzung als Menschenrecht international zu verankern. Im Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994 wurde zum ersten Mal eine international anerkannte Definition reproduktiver Rechte schriftlich fixiert. Sie bezeichnen im Kern das Recht „frei und verantwortlich über die Anzahl, den Geburtenabstand und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder zu entscheiden und über die diesbezüglichen Informationen und Mittel zu verfügen, sowie (...) ein Höchstmaß an sexueller und reproduktiver Gesundheit zu erreichen.“ Damit wurden individuelle Selbstbestimmung und Frauenrechte deklariert und in den Vordergrund gerückt. Viele (westliche) Frauennetzwerke gaben daraufhin ihre generelle Kritik an bevölkerungspolitischen Strategien auf und loten seitdem deren feministische Potentiale aus. Sie setzen dabei voraus, dass Bevölkerungspolitik und Selbstbestimmung von Frauen unter Bedingungen, wie Freiwilligkeit, Menschenrechten und der Einbeziehung von Frauenorganisationen, vereinbar seien. Mittlerweile gehört das Eintreten für reproduktive Rechte auch zum Repertoire etablierter Nichtregierungsorganisationen, der UN, IWF, Weltbank und zum Programm deutscher Entwicklungspolitik. Diese Institutionen sind jedoch nicht unbedingt für feministische Politik bekannt. Mittels Propagierung selbstbestimmter Reproduktion wollen sie vielmehr eine von den Individuen kontrollierte Fortpflanzung

im Sinne bevölkerungspolitischer Zwecke durchsetzen.

Durch die internationale Anerkennung reproduktiver Rechte fand eine Ächtung von Zwangsmaßnahmen, Sterilisationen und Vergabe unsicherer Verhütungsmittel zur Erreichung demographischer Plansolls statt – zumindest auf dem Papier. In der Realität wurde die chinesische Regierung nicht einmal für ihre aggressive Ein-Kind-Politik sanktioniert. Inwiefern reproduktive Rechte ein Anknüpfungspunkt für eine weltweite Liberalisierung von Abtreibungspolitik sein können, ist unklar. Vorbehalte nationaler Regierungen führten dazu, dass im Kairoer Programm explizit kein Recht auf Schwangerschaftsabbrüche verankert wurde, sondern dieses in den Verantwortungsbereich der nationalen Gesetzgebungen delegiert wurde. Auf EU-Ebene gibt es mittlerweile Beschlüsse, die das Recht auf Schwangerschaftsabbruch als Teil reproduktiver Rechte betrachten. So empfiehlt das Europäische Parlament mit Beschluss vom Juni 2002, dass „Abtreibung zur Gewährleistung der reproduktiven Gesundheit und Rechte der Frau legal, sicher und für alle zugänglich sein sollte“ und fordert „auf jegliche Verfolgung von Frauen, die illegal abgetrieben haben, zu verzichten“<sup>\*1</sup>.

Auf der anderen Seite bleiben bevölkerungspolitische Begründungszusammenhänge relevant – die Zielvorgabe des Kairoer Aktionsprogramms war die Reduktion des Bevölkerungswachstums. In so genannten Entwicklungsländern werden weiter antinatalistische Ziele verfolgt, die aber nicht durch klassische demographische Kontrolle, sondern durch Selbstbestimmungsrechte und liberale Regierungsführung durchgesetzt werden. Eines der Millenniumsziele der UNO ist die

Verringerung der Müttersterblichkeit bis 2015 um drei Viertel. Auf den ersten Blick scheint dies eine Zurückdrängung antinatalistischer Rationalitäten zu bedeuten. Jedoch wird neben der Prävention von Komplikationen bei Schwangerschaften auch auf die simple Prävention von Schwangerschaften gesetzt, um ohne eine Verbesserung der medizinischen Versorgung die Verringerung von Müttersterblichkeit zu erreichen. So schreibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: „Besonders die Bevölkerungszahlen in Afrika und Asien werden in den kommenden Jahrzehnten weiterhin

*Jedoch wird neben der Prävention von Schwangerschaftskomplikationen auch auf die Prävention von Schwangerschaften gesetzt.*

stark anwachsen. Die Zunahme der Weltbevölkerung ist eine enorme Herausforderung für die nachhaltige Entwicklung. Über ihre Bedeutung als Menschenrecht hinaus ist sexuelle und reproduktive Gesundheit darum auch eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Bevölkerungspolitik.“<sup>\*2</sup> So unterstützt Deutschland in vielen afrikanischen Ländern Familienplanungsmaßnahmen, die auf die Durchsetzung des westlichen Modells der Kleinfamilie setzen und wirbt für die Benutzung von Verhütungsmitteln. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass in Deutschland selbst immer wieder über geburtenfördernde Maßnahmen wie Kindergeld, Elternzeit oder Betreuungsgeld diskutiert wird. Auch diese nationalen Strategien sind durch Selektionstendenzen bevölkerungspoli-

*Die bevölkerungspolitische Logik lautet, dass „Überbevölkerung“ für Armut und Leid in den Entwicklungsländern verantwortlich ist.*

tisch gewünschter und ungewünschter Nachkommen geprägt. So wird vor allem eine Steigerung der Geburtenrate bei Akademikerinnen angestrebt und der Kinderreichtum armer und/oder migrantischer Familien als Problem betrachtet.

Die bevölkerungspolitische Logik lautet, dass „Überbevölkerung“ für Armut und Leid in den Entwicklungsländern verantwortlich ist. Während die weltweite ungleiche ökonomische Verteilung und die Ausbeutung durch Industrieländer als gegeben hingenommen werden, wird die Bevölkerungszahl als Variable betrachtet, die es zu regulieren gilt. Darauf weisen vor allem internationale Frauennetzwerke wie FINRRAGE hin. Sie treten dafür ein, nicht die Armen, sondern die Armut durch eine weltweite Umverteilung des Reichtums zu reduzieren. Sie kritisieren den Bezug auf den fragwürdigen Begriff von „Selbstbestimmung“, der abgekoppelt von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten konzipiert wird. Abgesehen davon ist die Prämisse bevölkerungspolitischer Maßnahmen, dass diese lediglich den „ungedeckten Bedarf“ der Menschen in den Entwicklungsländern an Verhütungsmitteln und Familienplanungsmethoden bedienen, in Frage zu stellen. Einerseits gibt es Studien, die die Berechnung dieses ungedeckten Bedarfs kritisch unter die Lupe nehmen und andererseits steckt dahinter ebenso die Prämisse, dass alle

Menschen ihr reproduktives Verhalten nach vermeintlich vernünftigen Entscheidungen kontrollieren wollen. So geht es bei der Ermittlung relevanter Risikofaktoren für Müttersterblichkeit letztendlich darum, Normen für ein „verantwortliches reproduktives Verhalten“ der Einzelnen zu formulieren, die da vor allem wären: nicht „zu früh, zu viel, zu schnell“.

*Reproduktive Rechte müssen gegen Bevölkerungspolitik verteidigt werden.“*

Nimmt man diese bevölkerungspolitischen Paradigmen nicht als Ganzes in den Blick, bleibt eine kritische Perspektive auf eugenische und rassistische Implikationen auf der Strecke. Da Bevölkerungspolitik immer der Planung und Kontrolle der Anzahl von Menschen dient, ist sie somit auch immer auf die Kontrolle des Gebärverhaltens von Frauen gerichtet. Reproduktive Rechte müssen vielmehr gegen Bevölkerungspolitik verteidigt werden.

<sup>\*1</sup> Europäisches Parlament (Hg.): *Entscheidung des Europäischen Parlaments über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte* (2001/2128(INI)), Nr. 12 und 13, S. 9.

<sup>\*2</sup> BMZ: <http://tinyurl.com/cosqcdj>

prager frühling

Magazin für Freiheit und Sozialismus

Freundinnen und Freunde des Prager Frühlings e.V.  
c/o RA Schindler, Fischerinsel 10, 10179 Berlin

**Redaktion:**  
Stefan Gerbing, Katja Kipping, Lars Kleba, Lena Kreck (verantwortlich im Sinne des Presserechts), Thomas Lohmeier, Kolja Möller, Jörg Schindler, Tobias Schulze, Laszlo Strzoda, Mark Wagner

**Adresse:**  
Redaktion prager frühling, c/o RA Schindler, Fischerinsel 10, 10179 Berlin  
Telefon: +49 30 20671609  
Fax: +49 30 20671622  
Mail: info@prager-fruehling-magazin.de  
Web: www.prager-fruehling-magazin.de

**Gestaltung:**  
Berliner Botschaft –  
Gesellschaft für Kommunikation mbH

**Druck:**  
Druckerei Conrad GmbH

**Bilder:**  
Titelmodel: Robert Stadlober  
Titelfoto: Mark Wagner  
Alle weiteren FotoautorInnen siehe Bildnachweise

**Verlag:**  
VSA: Verlag,  
St. Georgs Kirchhof 6,  
20099 Hamburg  
Telefon: +49 40 28095277-0  
Fax: +49 40 28095277-50  
Mail: prager\_fruehling@vsa-verlag.de  
Web: www.vsa-verlag.de

**Abonnement:**  
Das Magazin prager frühling erscheint mit drei Ausgaben im Jahr (Februar, Juni, Oktober) im VSA-Verlag mit ca. 60 Seiten je Ausgabe.

**Bezugsbedingungen:**  
Einzelheft: 5 €, Jahresabonnement: 15 €, Soli-Abonnement: mindestens 30 €, Auslandsabon-  
nement: 22 €  
Einzelheft- und Abonnementsbestellungen gehen  
direkt an den Verlag, Zahlungen für beides bitte  
nur nach Erhalt der Hefte und der Rechnungs-  
stellung seitens des Verlags unter Angabe von  
Rechnungsnummer und -datum. Abbestellungen  
mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des  
Abojahres.

**Spenden:**  
Spenden für das Magazin bitte auf das Konto des  
Vereins: Freundinnen und Freunde des Prager  
Frühlings e.V., Konto-Nr. 660 309 9878, Berliner  
Sparkasse, BLZ 100 500 00

**Selbstverständnis:**  
prager frühling ist ein linkes Magazin – nicht ge-  
bunden an die Partei DIE LINKE, doch ihr durchaus  
verbunden. Deshalb begleiten wir die Politik der  
LINKEN kritisch und solidarisch. Genauso wollen  
wir der gesellschaftlichen wie kulturellen Linken  
Raum bieten. Unser Ziel ist es, Orte und Akteur\_in-  
nen zu identifizieren (seien sie parteigebunden oder  
nicht), mit denen Hand in Hand in Richtung emanzi-  
patorischer Gesellschaft getanzt werden kann.

Bildnachweise

David Fink: 04 (Zeh); Fraktion Grüne MdEP:  
04 (Keller); Lena Kreck: 26 (Wagner), 36 (Kreck),  
50 (Möller); Mark Wagner: 12 (Fahnenmann),  
16 (Schindler), 26 (Schöder), 27 (Hier), 29 (Fabelwe-  
sen), 47 (Stadlober), 54 (Uriona); Katja Kipping: 46  
(Schaarschi); SPD-Fraktion im Deutschen Bundes-  
tag: 18 (Mattheis); Stefan Gerbing: 32, 33 (Portraits)

Fotos von privat: Alexis Passadakis 05; Anna Rinne  
40; Axel Troost 19; Erich Soos 28; Grex 04; Johannes  
Jäger 30; Katharina Dahme 42; Lucas Oberndorfer  
06; Rona Torenz 38; Sabine Wils 07; Stefanie Graefe  
34; Tanja Walther-Ahrens 43; Tobias Schulze 24

Veröffentlicht unter Creative-Commons-Lizenz:  
Daniel George: 18 (Kindler)CC BY 3.0; DIE LINKE:  
05 (Zimmer) CC BY 3.0; Lauren Manning: Umschlag-  
innenseite, 02 (Propeller), 32/33 (Löcher), 35 (Typo),  
45 (Tapes), 56 (Kunst) CC BY 2.0; Thomas Hawk:  
09 (Sammelsurium), 11 (Brücke), 37 (Puppe) CC BY  
NC 2.0; Smabs Sputzer 52 (Kronkorken) CC BY 2.0

VSA: Jede Menge Alternativen

Außerdem Hintergründe, Gegenstrategien, theoretisches Rüstzeug: [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

ABC der Alternativen 2.0

Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft  
*Herausgegeben von Ulrich Brand, Bettina Lösch, Despina Zarutka und Stefan Thimmel*

In Kooperation mit  
Wissenschaftlicher Beirat von taz die tageszeitung

144 Seiten | € 9,00  
ISBN 978-3-89965-499-8

Kritik der Politischen Ökono-  
mie: das hellblaue Bändchen

Marx neu  
entdecken

144 Seiten | € 9,00  
ISBN 978-3-89965-499-8

Kritik der Politischen Ökono-  
mie: das hellblaue Bändchen

Karl Heinz Roth  
griechenland  
was tun?

96 Seiten | € 8,80  
ISBN 978-3-89965-524-7

Die Flugschrift über eine  
»Gesellschaft am Abgrund«.

AttacBasisTexte 40

96 Seiten | € 7,00  
ISBN 978-3-89965-481-3

Hintergründe des globalen  
Wettlaufs um Ackerland.

Ein Triumph  
geschlechter Ideen

288 Seiten | € 19,80  
ISBN 978-3-89965-511-7

Europas Krise – in zehn Län-  
der-Fallstudien und Analysen.

Demokratisierung  
der Arbeit

288 Seiten | € 19,80  
ISBN 978-3-89965-510-0

Alternativen zur finanzmarkt-  
orientierten Ökonomie.

Ungleich gerecht?

200 Seiten | € 18,80  
ISBN 978-3-89965-491-2

Entillusionierung geläufiger  
Gerechtigkeitsdiskurses.

Made in Thüringen?

224 Seiten | € 12,80  
ISBN 978-3-89965-521-6

Über Nazi-Terror und den  
Verfassungsschutz-Skandal.

Vom Rhein  
nach Riga

96 Seiten | Hardcover | Halb-  
leinen | € 12,80  
ISBN 978-3-89965-512-4

Ein Überlebens-Bericht

Hochschule im  
Kapitalismus

64 Seiten | € 4,20  
ISBN 978-3-89965-967-2

Sozialismus-Supplement Mai  
2012: Kapitalismuskritische  
Interpretation der Unireform.

Sozialismus

monatlich 64  
Seiten + jeden  
2. Monat ein  
Supplement.  
Abo: 62,- €  
(erm.: 44,- €);  
3 Hefte als  
Probeabo:  
10,- €.  
Brandaktuelle  
Kommentare  
& Analysen  
auf der  
Website:  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

WISSEN

Eine linke Denkwerkstatt:  
Workshops, Seminare, gesellschaftspolitische Foren und sozialwissenschaft-  
liche Studien organisiert die **WISSEN**schaftliche Vereinigung für Kapitalismus-  
analyse und Gesellschaftskritik. Wir wollen Gegenöffentlichkeit herstellen,  
uns wissenschaftlich, politisch, publizistisch einmischen. Auch dadurch, dass  
wir die Zusammenarbeit und Verständigung der zivilgesellschaftlichen und  
politischen Linken fördern: [www.wissenstransfer.info](http://www.wissenstransfer.info)

Transfer

4x jährlich: **LUXEMBURG**, Gesellschaftsanalyse und linke  
Praxis; mehr unter: [www.zeitschrift-LUXEMBURG.de](http://www.zeitschrift-LUXEMBURG.de)  
3x jährlich: **prager frühling**, das aktuelle Heft halten Sie in  
der Hand, mehr unter [www.prager-fruehling-magazin.de](http://www.prager-fruehling-magazin.de)  
2x jährlich: **transfer!**, eine Zeitschrift der europäischen  
Linken: [www.transfer-network.org](http://www.transfer-network.org)

## Freiheit und Sozialismus abonnieren

Das Magazin **prager frühling** erscheint drei Mal im Jahr.  
Am besten gleich jetzt abonnieren!

☐ Ich schließe ein Jahresabonnement (15,00 € für drei Ausgaben) ab.

☐ Ich schließe ein Soliabonnement zu \_\_\_\_\_ €  
(mindestens 30,00 € für drei Ausgaben) ab.

☐ Ich schließe ein Auslandsabonnement (22,00 € für drei Ausgaben) ab.

Ein Abonnement verlängert sich automatisch, sofern es nicht mit einer  
Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres gekündigt wurde.

Name

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Wohnort

E-Mail

### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, das von mir zu zahlende Entgelt bei  
Fälligkeit zu Lasten meines Kontos, Nr. \_\_\_\_\_, bei der (genaue

Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstitutes) \_\_\_\_\_

Bankleitzahl (BLZ) \_\_\_\_\_ mittels Lastschrift einzuziehen.

Diese Ermächtigung gilt vom \_\_\_\_\_ an.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht ausweist, besteht seitens des  
kontoführenden Kreditinstitutes (s. o.) keine Verpflichtung zur Einlösung.  
Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Senden an: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg. Abonnements  
können auch über die Website [www.prager-fruehling-magazin.de](http://www.prager-fruehling-magazin.de) abgeschlossen  
werden.

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim VSA:  
Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann.  
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum und Unterschrift

14

# prager frühling



NR. 14 ERSCHEINT IM OKTOBER 2012

**prager frühling**

\* MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

ISSN 1866-5764, Nr. 13/Juni 2012, 5 Euro  
[www.prager-fruehling-magazin.de](http://www.prager-fruehling-magazin.de)

Spenden für das Magazin bitte auf das Konto des Vereins:  
Freundinnen und Freunde des Prager Frühlings e.V.  
Konto-Nr. 660 309 9878, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00